

## Themenpaket Demokratie und Partizipation

### Arbeitsblatt Begriffstraining „Direkte Demokratie“

Was gehört zusammen? Schreiben Sie den passenden Buchstaben zur Nummer des Begriffs.

1	Demokratische Grundprinzipien	1 –	A	Ein Anliegen, das im Zuständigkeitsbereich der Bundesgesetzgebung liegt, kann in schriftlicher Form direkt in der Parlementsdirektion vorgelegt werden, sofern dieses Anliegen von mindestens 500 Österreicher/innen unterstützt wird.
2	Attische Demokratie	2 –	B	Die wahlberechtigten Staatsbürger/innen wählen nach demokratischem Prinzip Vertreter/innen, die sich für ihre Interessen im Staat einsetzen.
3	Bürgerinitiative	3 –	C	Die wahlberechtigten Staatsbürger/innen geben ihre Meinung zu bestimmten politischen Themen mittels Wahlstimme ab. So können sich Politiker/innen ein Bild von der Volksmeinung machen. Das Ergebnis muss aber nicht bindend umgesetzt werden.
4	Direkte Demokratie	4 –	D	Politisches System des antiken Athen, das aber den heutigen Vorstellungen von Demokratie wenig entspricht. Nur wenige Personen waren tatsächlich in das politische Geschehen eingebunden, es gab keine Gewaltentrennung.
5	Repräsentative Demokratie	5 –	E	Die Staatsbürger/innen haben das Recht, selbst einen Gesetzesbeschluss im Nationalrat einzuleiten. Dafür sind mindestens 100.000 Stimmen notwendig oder je ein Sechstel der Stimmberechtigten aus drei Bundesländern. Das Anliegen muss im Nationalrat behandelt werden, muss aber nicht bindend umgesetzt werden.
6	Volksabstimmung	6 –	F	Das Volk hat die eigentliche Herrschaft im Staat über (= Volkssouveränität). Wichtige Schlagworte sind Gewaltentrennung, Mehrheitsprinzip, Mehrparteiensystem, freie Wahlen, Gleichheitsprinzip und Menschenrechte.
7	Volksbefragung	7 –	G	Die einzelnen wahlberechtigten Staatsbürger/innen werden direkt – also nicht durch andere Personen (z. B. Abgeordnete) vertreten – in den politischen Entscheidungsprozess eingebunden.
8	Volksbegehren	8 –	H	Alle einzelnen wahlberechtigten Staatsbürger/innen werden zu einem Gesetzesbeschluss oder zu einer Verfassungsänderung befragt. Die Mehrheit entscheidet, das Ergebnis ist für die Regierung verbindlich